

Das war mein Leben

Von Erich Honecker / Teil III

Es geschah am Freitag, dem 10. Februar 1933, gegen 18 Uhr: In Neunkirchen flog der damals größte Gasbehälter Deutschlands in die Luft. Das Donnern der gewaltigen Explosion war bis ins 22 Kilometer entfernte Saarbrücken zu hören, wo ich mich zu diesem Zeitpunkt aufhielt.

Unmittelbar nach der Katastrophe wurde Neunkirchen abgesperrt. Doch die Nachricht vom großen Unglück verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Über hundert Tote. Über tausend zum Teil lebensgefährlich Verletzte. Die genaue Unfallursache ist nie ermittelt worden. Vermutlich hat ein technischer Fehler zu der verheerenden Havarie geführt.

Doch der Zufall besitzt eine seltsame Handschrift. Das Neunkirchener Unglück geschah just in dem Moment, als sich in Berlin der am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler bestellte Faschistenführer Adolf Hitler anschickte, seine erste große Rede mit landesweiter Rundfunkübertragung zu halten.

Wenn man das zufällige zeitliche Zusammentreffen der Hitlerschen „Kampf-

ansage gegen Marxismus“ vor zwanzig Millionen Rundfunkhörern mit dem Neunkirchener Explosionsunglück heute rückschauend bedenkt, dann könnte die riesige Stichflamme, die am Abend des 10. Februar aus dem Gasometer des Neunkirchener Eisenwerkes schoß, wie ein geschichtliches Menetekel erscheinen — ähnlich der flammenden „Geisterschrift“, die beim berühmten Gastmahl des Belsazar an der Wand aufleuchtete und ein schreckliches Ende voraussagte.

Als Anhänger der wissenschaftlichen Weltanschauung, des dialektischen und historischen Materialismus, halte ich nichts von „Geisterschriften“ und von geheimnisvollen Warnzeichen vor drohendem Unheil. Doch sachlich feststellen möchte ich schon, daß zwölf Jahre später, am Ende des Zweiten Weltkrieges, unzählige Straßen zwischen Stalingrad und London so zerstört waren wie die Saarbrücker Straße von Neunkirchen im Februar 1933 und daß Hitlers „schärfste Kampfansage gegen Marxismus“ schließlich rund 50 Millionen Menschen das Leben kostete.

Ab Ende Februar 1933 erfuhren wir im Saargebiet aus dem Munde unserer

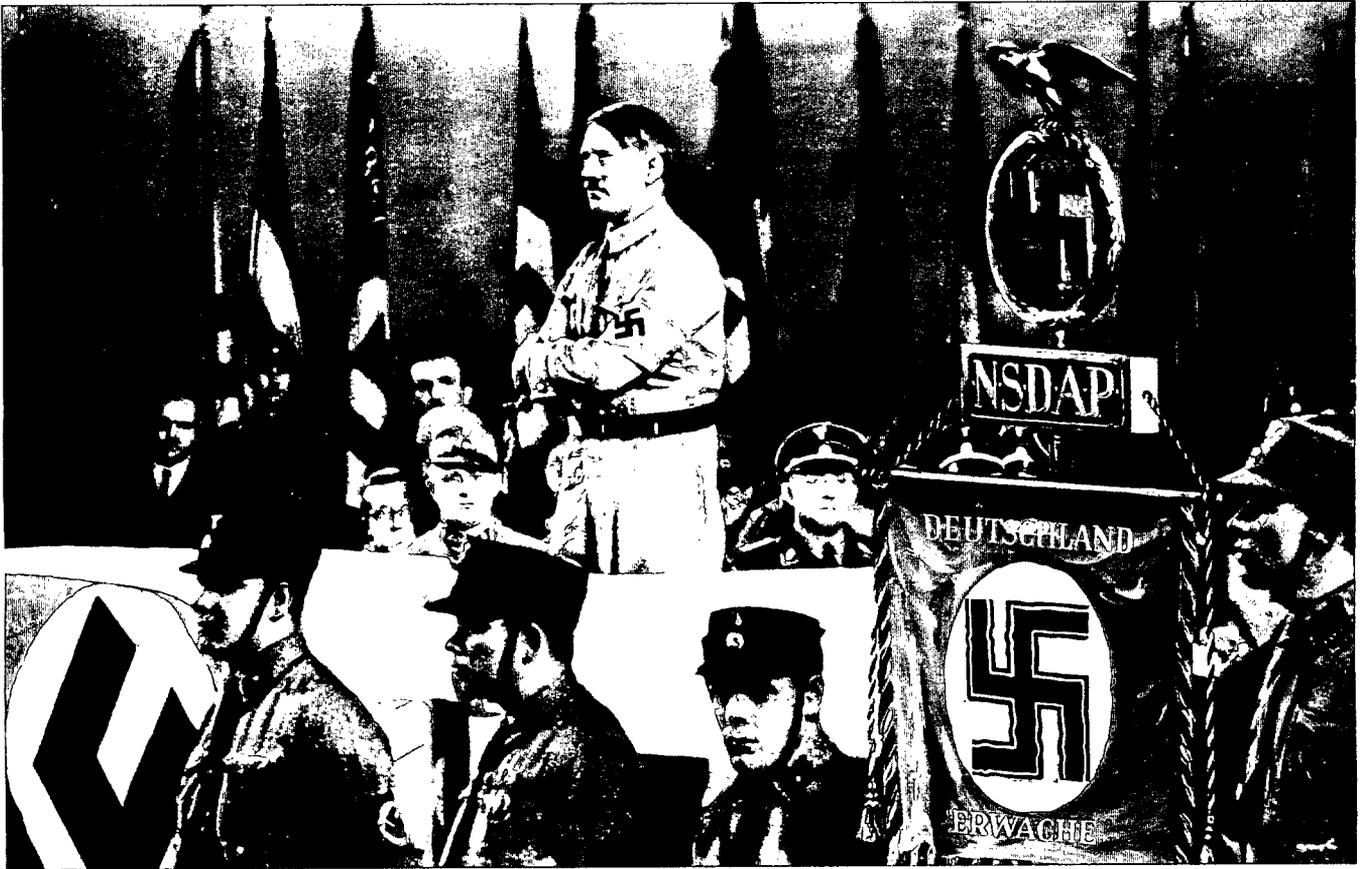
Genossen, die illegal vom „Reich“ herüberkamen, immer mehr grauenhafte Einzelheiten über den Terrorfeldzug, dem die deutsche Arbeiterbewegung ausgesetzt war. Am 1. Mai 1933, als Hitler im „Reich“ zum großen Schlag gegen die Gewerkschaften ausholte, organisierte ich in Saarbrücken eine große Kampfdemonstration.

Obwohl die Landesverwaltung alle öffentlichen Kundgebungen untersagt hatte, ging die Arbeiterjugend unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) auf die Straße. Auch die Sozialistische Arbeiterjugend unter Leitung ihres Bezirksvorsitzenden Ernst Braun war bei dieser Demonstration vertreten. Die antifaschistische Einheitsfront begann sich zu formieren.

Im Frühjahr und Frühsommer 1933 reiste ich mehrfach zu illegalen Zusammenkünften von leitenden KJVD-Mitgliedern ins „Dritte Reich“ — wie die Nazis in geschichtlichem Größenwahn ihren Staat offiziell nannten —, unter anderem nach Mannheim, Mainz und Frankfurt am Main. Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes wurden ausgetauscht und Maßnahmen zur Un-



Neunkirchen nach der Gasexplosion vom 10. Februar 1933: „Wie ein geschichtliches Menetekel“



Reichskanzler Hitler im Berliner Sportpalast am 10. Februar 1933: „Der Zufall besitzt eine seltsame Handschrift“

terstützung der illegalen Arbeit des KJVD in Hitlerdeutschland besprochen.

Im Mai 1933 kam Genosse Willi Rom aus Frankfurt am Main ins Saargebiet und übernahm die Funktion des Organisationsleiters (faktisch 2. Sekretär) der Bezirksleitung des KJVD, um mich, den Politischen Leiter (faktisch 1. Sekretär), für die wachsenden Aufgaben der illegalen Arbeit etwas zu entlasten.

Eine große Ermutigung für unseren Kampf stellte der Antifaschistische Arbeiterkongreß Europas vom 4. bis 6. Juni 1933 in Paris dar. Ich erinnere mich noch, daß wir, die kleine Jugendarbeiterdelegation von der Saar unter meiner Leitung, mit einem alten Mercedes nach Paris fuhren, weil uns das billiger und sicherer erschien als die Reise mit der Bahn. So hatten wir auch Gelegenheit, in den Kongreßpausen ein wenig von der französischen Hauptstadt zu sehen, die großen Eindruck auf mich machte.

Im Sommer 1933 hatte ich neben der Jugendarbeit im Saargebiet die Aufgabe, die illegalen Verbindungen zu den KJVD-Bezirken Mannheim und Frankfurt am Main auszubauen und dort an der Vorbereitung einer für Anfang August 1933 in Amsterdam geplanten erweiterten Tagung des Zentralkomitees des KJVD mitzuwirken.

Die Tagung des Zentralkomitees des KJVD in Amsterdam fand auf einem größeren Motorboot statt, mit dem wir, um vor Lauschern sicher zu sein, wie eine Reisegesellschaft durch die Amsterdamer Grachten hinaus in den Nordseekanal fuhren. Unter anderem wurden auch Fragen der Zusammenarbeit mit der katholischen Jugend erörtert, wozu ich manche Erfahrung vermitteln konnte.

In Amsterdam wurde dann festgelegt, daß ich sobald wie möglich als Instrukteur des Zentralkomitees des KJVD und als Politischer Leiter des Jugendverbandes zur illegalen Arbeit ins Ruhrgebiet gehen sollte.

Im Sommer 1933 war in Essen die Leitung des KJVD verhaftet worden. Eine Bezirksleitung bestand praktisch nicht mehr. In Essen wie im ganzen Ruhrgebiet gab es trotz der Verfolgungen zahlreiche politisch aktive illegale Gruppen von Jungkommunisten. Eine wurde von Albert Weichert geleitet, der schon 1930 in der KJVD-Bezirksleitung Ruhrgebiet für die politische Führung der Agitations- und Propagandagruppen verantwortlich gewesen war.

Mit ihm nahm ich noch im August 1933 in Essen Verbindung auf. Dabei hatte ich eine Parole zu nennen und die Hälfte eines bestimmten Bildes vorzuweisen, wie sie damals Zigarettenschachteln beilagen. Mein Deckname war Herbert und Herbert Jung, obgleich ich noch mit dem saarländi-

schen Ausweis unter meinem richtigen Namen reisen mußte.

Albert Weichert konnte mir einige sichere Quartiere in Essen-West und in einer Laubenkolonie verschaffen. Dann haben wir uns zusammengesetzt und eine „Bestandsaufnahme der illegalen Arbeit“ gemacht. Nach zwei oder drei Tagen wußten wir recht genau, welche Kräfte aktiv oder zu aktivieren waren und wie sie am besten eingesetzt werden konnten. Wir legten die politische Linie und die organisatorischen Grundsätze fest. Dann ging es an die praktische Arbeit.

„Zunächst einmal“, heißt es in den Erinnerungen von Albert Weichert, „kam die Trennung vom Prinzip der großen Gruppen. Wir schufen Fünfergruppen, später Dreiergruppen. Das hat sich in der illegalen Arbeit sehr bewährt. Deshalb war es auch der Gestapo 1933/34 in Essen nicht möglich, Mitglieder des illegalen Jugendverbandes zu verhaften. Wir haben die Arbeit unter Anleitung von Erich Honecker organisatorisch so umgebaut, daß wir sagen konnten: Da ist eine ziemlich große Sicherheit drin.“

Im September/Oktober 1933 hatten wir den KJVD in allen Essener Stadtteilen illegal wiederaufgebaut. Es bestand eine gute Verbindung zur illegalen Organisation der KPD. Wir hatten einen Abziehhapparat zur Verfügung, der in der Wohnung eines Jugendgenossen in der Burckardtstraße in Es-

sen-West stand und auf dem wir eigene Flugblätter vervielfältigen konnten.

Ich habe damals, meist in der Nacht, zahlreiche Flugblätter verfaßt. Es gelang uns sogar, die „Junge Ruhrgarde“ in hektographierter Form herauszugeben. Auch Otto Wiesner half uns dabei. Er war Leiter der Roten Jungpionier des Ruhrgebietes.

Otto Wiesner hatte eine Schreibmaschine und einen Abziehapparat beschafft und im Heizungskeller eines katholischen Krankenhauses in Oberhausen untergebracht. Dort konnten wir ebenfalls Flugblätter und Streuzettel vervielfältigen.



Verhaftete Kommunisten 1933: „Wir ließen uns den Lebensmut nicht nehmen“

Wir bekamen auf illegalem Wege, mit Hilfe von Genossen bei der Rhein-Ruhr-Schiffahrt, zahlreiche Flugblätter, Zeitungen und Broschüren aus Holland. Das berühmte „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ vom Sommer 1933 sowie weitere Informationsschriften über den Reichstagsbrandprozeß, der am 21. September 1933 in Leipzig begonnen hatte, erhielten wir als Tarnschriften, die unverfängliche Umschläge trugen.

Ich entsinne mich noch an ein Heft, das als „Mondamin-Kochbuch“ aufgemacht war und im Inneren über die Ermordung unseres Genossen John Schehr am 1. Februar 1934 in der Gestapozentrale in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße informierte. Die Vertreter der Mondamin GmbH reisten im Land umher und warnten vor der Tarnschrift, wodurch sie erst recht bekannt wurde.

Obwohl wir Illegalen ständig größten Gefahren ausgesetzt waren, ließen wir uns den Lebensmut nicht nehmen. Wo es möglich war, wurde der Feind dem Spott preisgegeben. Ein Beispiel dafür lernte ich im Sommer 1933 am Dortmunder Sportstadion kennen.

Es war damals ein offenes Geheimnis, daß der Stabschef der SA, Ernst Röhm, wie auch verschiedene andere höhere SA-Führer homosexuellen Neigungen nachgingen. In der Nacht vor einem in Dortmund geplanten großen SA-Aufmarsch, bei dem Hauptmann Röhm Heerschau halten wollte, brachten die Mädchen und Jungen vom KJVD an der Stadionwand auf breiter Front die Losung an: „Achtung, SA, Hosen runter, Röhm kommt!“

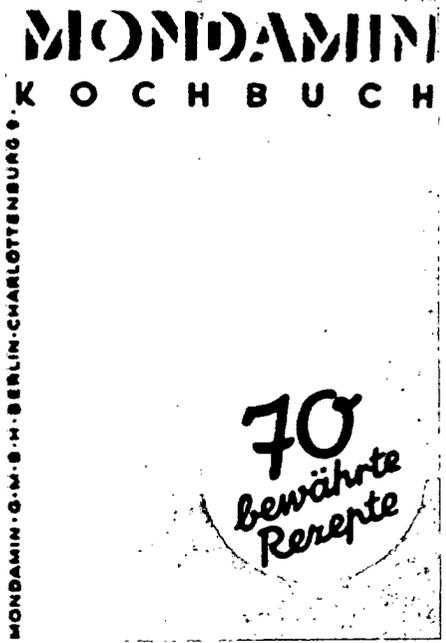
In den Jahren 1933/1934 nahm die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem KJVD sowohl unter den sozial-



Braunbuch, getarnte KP-Schrift: „Ich entwarf einen zündenden Text“

demokratisch wie unter den christlich orientierten Jugendlichen zu. Es wurden gemeinsame Wanderungen durchgeführt. KJVD-Mitglieder nahmen in Kirchen an Veranstaltungen der christlichen Jugendverbände, vor allem des Katholischen Jugendverbands (KJV), teil. In den noch legalen Zeitschriften der Kirchen erschienen Beiträge aus der Feder von Kommunisten. Und es gab sogar gemeinsame illegale Flugblattaktionen.

Albert Weichert hielt die Verbindung zu Essener Naturfreunden, die in manchen Nächten — unter Beachtung genauer Sicherheitsregeln, beispielsweise des Gebotes, nur mit Handschuhen



zu arbeiten — unsere Flugblätter, Zeitschriften und Tarnbroschüren in die Briefkästen planmäßig festgelegter Häuser steckten.

Willi Rom wiederum knüpfte Verbindungen zu weiteren kirchlichen Kreisen, beispielsweise zu einem Kaplan in Gelsenkirchen, mit dessen Hilfe im Frühjahr 1934 eine Konferenz von Vertretern des KJVD und des KJV stattfand, an der auch ich teilnahm — trotz des konspirativen Charakters meiner Tätigkeit, der einen persönlichen Kontakt mit größeren Personengruppen ausschloß.

Ende 1933 hielt ich mich trotz des Winterwetters zeitweilig in der Laube



eines Genossen in der Gartenanlage „Sonnenschein“ in Essen-Haarzopf, einem weitläufigen Gelände am südlichen Stadtrand, auf. Dort konnte ich mich nach Einbruch der Dunkelheit unbeobachtet mit Genossen aus allen Ecken des Ruhrgebietes treffen. Und dort wurde in einem kleinen Kreis illegal lebender Jugendgenossen auch Silvester gefeiert.

Zum Gelingen der kleinen lustigen Feier an der Jahreswende 1933/1934 hatte Albert Weichert mit einer kühnen Idee nicht unwesentlich beigetragen. Es war ihm gelungen, einige illegal lebende Jugendfunktionäre, darunter auch mich, am Morgen des 31. Dezember an zuverlässige Fahrer des damals noch nicht „gleichgeschalteten“ Konsumvereins „Eintracht“ als Aushilfsbeifahrer zu vermitteln.

An diesem Tag war ja Hochbetrieb beim Ausfahren von Nahrungsmitteln und Getränken. Man fragte nicht nach Namen und Adresse. Wir waren einfach da, schleppten den ganzen Tag Kisten mit Würstchen, Krapfen und inhaltschweren Flaschen. Dabei fiel mancherlei für uns ab. Die Tochter eines Genossen war Leiterin beim Konsum und sorgte dafür, daß wir für die Silvesternacht gut versorgt waren.

Anfang 1934 nahm ich mir vor, ein öffentliches Signal zu setzen. In Amsterdam war von erfolgreichen Flugblattaktionen berichtet worden, mit denen einige Berliner Genossen im Juli 1933 Aufsehen erregten: Sie warfen die Flugzettel aus den oberen Stockwerken belebter Kaufhäuser im Zentrum Berlins. So etwas mußte auch in Essen möglich sein, wo am Limbecker Platz, einer verkehrsreichen Kreuzung nahe dem Stadtzentrum, das Kaufhaus Althof stand.

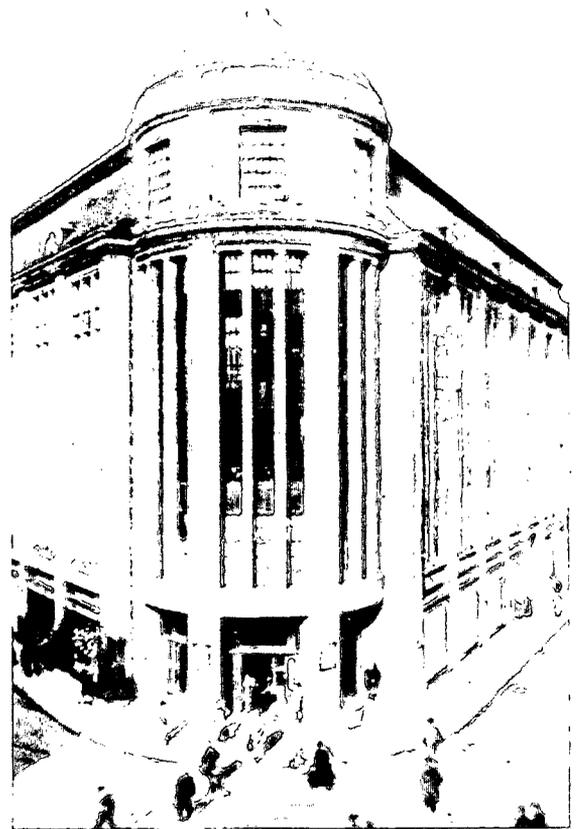
An der Ecke zum Limbecker Platz hin hatte das Kaufhaus einen turmartigen Dachausbau. Dort befand sich ein Café mit Toiletten. Die Ortsbesichtigung mit Albert Weichert ergab: Für die Flugblattaktion ideal!

Ich entwarf einen zündenden Text. Auf unserem Abziehapparat wurde ein schöner Packen Flugblätter, mindestens 250 Stück, hergestellt. Wir warteten einen windigen Tag ab, wählten einen Zeitpunkt mit möglichst starkem Publikumsverkehr aus und begaben uns, nicht ohne ein gewisses anfängliches Herzklopfen, zum Ort des Geschehens. Albert hielt sich zur Sicherung unauffällig in meiner Nähe.

Hinter einer verriegelten Tür, die außen das Zeichen „Besetzt“ trug, packte ich die Blätter aus und warf sie in einigen gut gezielten Portionen aus dem Fenster in den Wind. Ich sah sie noch lustig zur Erde flattern, dann verließ ich rasch das Kaufhaus, Albert dicht hinter mir.

Wenige Minuten später — wir waren gerade auf eine Straßenbahn der Linie 9, Richtung Viehofer Platz, aufgesprungen — sausten schon Autos mit SA und Polizei heran und sperrten das Gelände am Kaufhaus ab.

Um das weitere Geschehen aus sicherer Position beobachten zu kön-



Kaufhaus Althof in Essen
Flugblätter aus dem Klofenster

nen, stiegen wir am Viehofer Platz in eine Bahn der entgegengesetzten Fahrtrichtung, die nach Essen-West, ins Krupp-Industriegelände, fuhr, und kamen so wieder am Limbecker Platz vorbei.

Dort sammelte ein großes Aufgebot Uniformierter und ziviler Beamter hektisch die restlichen Flugblätter ein und suchte nach den Tätern. Obgleich viele Passanten die Aktion miterlebt hatten und in der Stadt noch tagelang darüber gesprochen wurde, verschwieg die Nazipresse den Zwischenfall.

Wenn ich heute an die fast ein Jahr währende illegale Tätigkeit im Ruhrgebiet zurückdenke, dann wundere ich mich nachträglich, daß es dem riesigen Machtapparat der Nazis lange Zeit

nicht gelang, mir auf die Spur zu kommen.

Bevor der Sommer 1934 anbrach, mußte ich allerdings meine Arbeit an der Ruhr einstellen. Einige Ereignisse des Frühjahrs hatten gezeigt, wie ungenügend gesichert meine Situation bei einer weiteren Perfektionierung des faschistischen Fahndungssystems sein würde.

Es muß wohl im Februar 1934 gewesen sein, als ich mit Albert Weichert nach Düsseldorf fuhr, wo ein wichtiges Treffen mit anderen KJVD-Funktionären stattfinden sollte. Als wir auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof aussteigen wollten, sah Albert, der vorausgegangen war, daß auf den Bahnsteigen Personenkontrollen stattfanden und daß zwei unserer Genossen in die Kontrolle geraten waren.

Wir blieben im Zug, fuhren bis Benrath weiter und stiegen dort in einen Zug nach Essen um, wo ich vorsichtshalber das Quartier wechselte.

Diesem unangenehmen Vorfall folgte bald ein weiterer: Eines Abends, nachdem ich mich mit zwei Jugendgenossen getroffen hatte, forderte mich vor dem Essener Kino „Lichtburg“ ein Kriminalbeamter auf, „zur Feststellung der Personalien“ mit ihm zu kommen. Als das geschehen war, ließ man mich wieder laufen.

Mit Sicherheit war nun polizeilich aktenkundig, daß sich ein Erich Honecker aus dem Saargebiet in Essen aufhielt beziehungsweise aufgehalten hatte; denn ich hatte der Kripo gegenüber — und zwar glaubhaft, wie mir schien — den Eindruck erweckt, nur für wenige Tage in Essen zu sein, um mich über die Arbeitsbedingungen an der Ruhr zu informieren. Und nach der Freilassung tat ich alles, damit die Kripo annahm, ich sei sogleich in Richtung Saarbrücken abgereist.

Drei Jahre später, im Juni 1937, in meinem Prozeß vor dem „Volksgerichtshof“, sollte sich zeigen, daß bei der Polizei nichts verlorengeht. In der Anklageschrift hieß es:

Am 15. Februar 1937 (gemeint war natürlich 1934 — E.H.) beobachtete der Kriminalbezirkssekretär Schröder den Angeschuldigten Honecker, als er sich in Essen mit den zur Zeit flüchtigen KJVD-Funktionären Weinand und Mark traf. Er nahm ihn darauf vor dem Lichtspielhaus „Lichtburg“ unter dem Vorwand, es bestehe gegen ihn Diebstahlsverdacht, für kurze Zeit fest, um seine Personalien feststellen zu können. Da Honecker vermutete, daß diese Festnahme mit seiner politischen Betätigung im Zusammenhang stehe, fuhr er noch an demselben Tag nach dem Saargebiet zurück.

In der Verhandlung vor dem „Volksgericht“ wurde dann die Frage erörtert, ob der „Angeschuldigte Honecker“ mit jenem „Herbert“ identisch sei, der 1933/1934 im Ruhrgebiet die KJVD-Aktivitäten angeleitet habe. Da alle vor Gericht als Zeugen vorgeführten Genossen diese Identität bestritten, kam es auf die Aussage des als Zeuge

erschienenen Kriminalbezirkssekretärs Schröder an.

Um die Tüchtigkeit seiner Kripo zu untermalen, behauptete er, man habe mich im Februar 1934 von der Einreise aus dem Saargebiet bis zur Wiederausreise, die unmittelbar nach der Personenkontrolle an der „Lichtburg“ erfolgt sei, unter Beobachtung gehabt! Diese kriminalpolizeiliche Aufschneideri entlastete mich, gewiß ungewollt, von dem Verdacht, „Herbert“ gewesen zu sein — ein Umstand, der bei der Strafzumessung gewiß von Bedeutung war.

Am 15. Februar aber konnte ich keineswegs darauf hoffen, daß sich der „Lichtburg“-Zwischenfall einmal günstig für mich auswirken würde. Im Gegenteil: Die Gestapo brauchte nur

Namen genannt hatte. Danach stand ich unter Anklage, und es wurde nach mir gefahndet.

Schließlich kam, im Frühjahr 1934, ein Kurier aus Berlin, der uns eröffnete, der Abwehrdienst der Partei habe erfahren, daß die Gestapo die Decknamen der KJVD-Leitung des Ruhrgebiets kenne. Wir sollten sofort nach Holland gehen.

Als ich im Herbst 1934 auf Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der KPD aus der illegalen Arbeit im „Reich“, zuletzt in den Bezirken Pfalz, Hessen, Baden und Württemberg, zum bevorstehenden Abstimmungskampf in das Saargebiet zurückgeholt wurde, fuhr ich mit Herbert Wehner — damals Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der KPD



Gast Wehner, Hausherr Honecker*: „Ich habe viel von Wehner gelernt“

im Saargebiet Erkundigungen über mich einzuziehen, um zu erkennen, welche Rolle ich im KJVD spielte.

Wie ich nach 1945 aus sichergestellten Akten erfuhr, liefen im Frühjahr und Sommer denn auch zwei Meldungen über mich in Berlin ein: Die eine kam Anfang März von der Gestapo Düsseldorf und signalisierte die Anwesenheit des KJVD-Funktionärs Erich Honecker aus dem Saargebiet in Essen.

Die zweite Information, vom Juli 1934 datiert, ergab sich aus der Anklageschrift gegen eine Gruppe von Genossen, die des illegalen Transports von Literatur aus dem Saargebiet nach Deutschland überführt worden waren und von denen einer — gewiß in der Annahme, ich befände mich im Saargebiet in Sicherheit — meinen

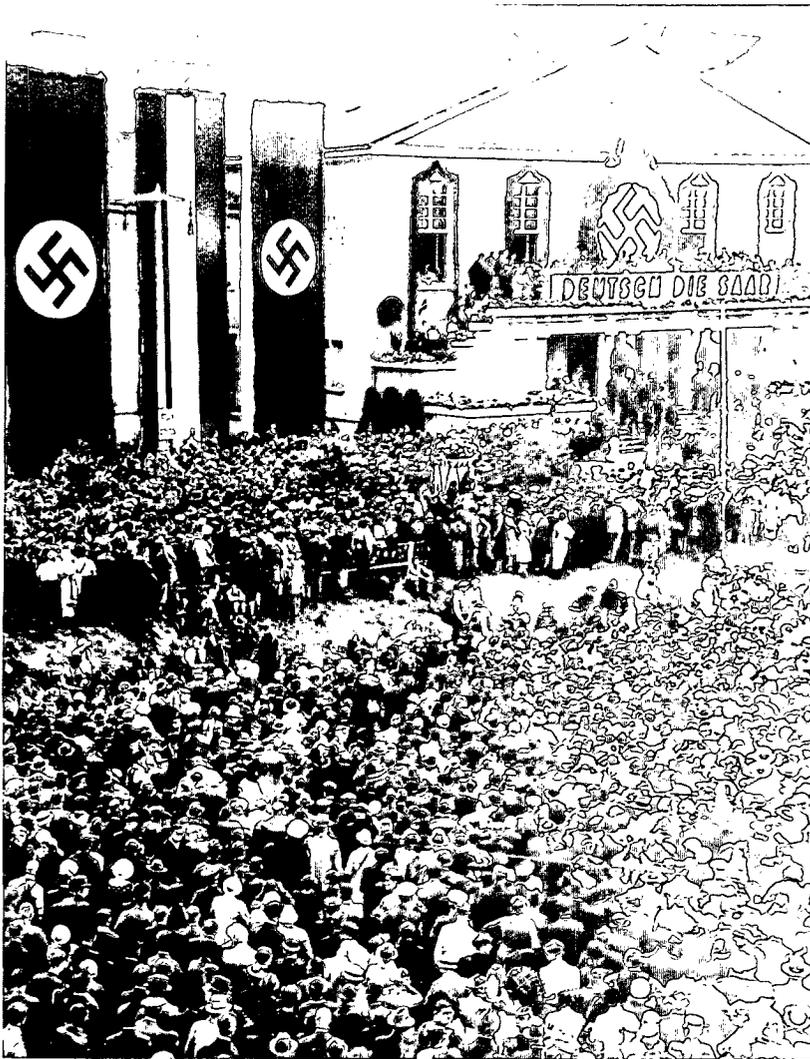
— auf einer Rundreise auch durch Wiebelskirchen.

Wehner, seinerzeit unter dem illegalen Namen Kurt Funk bekannt, fragte mich, wie der Ort wohl stimmen werde. Ich sagte: „Höchstens 30 bis 35 Prozent!“ Er wollte es nicht glauben. Am 13. Januar 1935 waren es dann noch viel weniger. Die Mehrheit stimmte für den Anschluß an das „Reich“, obwohl es sich seit 1933 um das „Dritte Reich“ der Hitlerfaschisten handelte.

Die Saarbewohner waren mehrheitlich keineswegs für Hitler, sondern gegen ihn, aber sie erlagen der nationalistischen Propaganda. Am 1. März 1935 hat Hitler sie dann „heimgeholt“, um sie am 1. September 1939 in den Zweiten Weltkrieg zu stürzen.

Die KPD war seit 1918/19 stets für die Rückgliederung des Saargebietes eingetreten. Allerdings schwebte

* Vor Honeckers Wochenendhaus in der Schorfheide, Mai 1973.



NS-Kundgebung in Zweibrücken 1934: „Hosen runter, Röhm kommt“

uns der Anschluß der „roten Saar“ an ein fortschrittliches, friedliebendes, sozialistisches Deutschland vor, in dem die Arbeiter und Bauern etwas zu sagen haben, die Werktätigen die Früchte ihrer Arbeit selbst ernten können, die Militaristen und Rüstungsprofiteure entmachtet und enteignet sind — ein Deutschland an der Seite der Sowjetunion.

Im Laufe des Jahres 1934 rang sich die Partei zur Befürwortung des Status quo an der Saar durch. Schon der lateinische Begriff, dessen Inhalt und Wortbedeutung den meisten Abstimmungsberechtigten erst umständlich erklärt werden mußte, war ein echtes Handikap. Ins Deutsche übersetzt hieß

Status quo: Es soll so bleiben wie jetzt. Wer aber von den Saarbewohnern wollte schon, daß es so blieb, wie es damals war!

Am 15. Juli 1933 wurde die Bildung der „Deutschen Front“ bekanntgegeben, in der sich die bürgerlichen Parteien mit den Nazis „zusammengeschlossen“ und damit — wie im „Reich“ — praktisch auch selbst aufgelöst hatten.

Die „Deutsche Front“ bediente sich der Parole: „Wer nicht für Deutschland ist, der ist für Frankreich!“ Diese nationalistische Demagogie klang nicht nur „werb wirksamer“ als das lateinische Status quo, sondern vor allem hatte sie unvergleichbar mehr mate-

rielle Mittel hinter sich: Die Finanz- und Propagandamittel des ganzen „Dritten Reiches“, namentlich den Rundfunk, der damals in vielen Haushalten Einzug gehalten hatte und den die Nazis äußerst raffiniert zum Entfachen von politischer Massenhysterie einzusetzen wußten.

Goebbels persönlich kam nach Zweibrücken und rief seine Versprechungen über die Grenze: Man werde die Arbeitslosigkeit in wenigen Tagen beseitigt haben; man werde nach der Rückgliederung der Saar alle Probleme „ganz großzügig anfassen“ und was der Verheißungen mehr waren.

Doch wir Kommunisten wußten, was da an „ganz großzügig angefaßten Lösungen“ auf das Saarvolk zukam. Zwar gab es unter uns einige wenige, die ernsthaft sagten: „Zurück zu Deutschland, und wenn's ins KZ geht!“ Doch diese Losung fand begreiflicherweise keinen Anklang, am wenigsten bei den Genossen, die bereits im „Dritten Reich“ illegal gearbeitet hatten.

Als ich im Herbst 1934 an die Saar zurückkehrte, lag ein Jahr anstrengender illegaler Arbeit hinter mir, ein Jahr angespannter Wachsamkeit, ein Jahr des ständigen Wohnungswechsels, ein Jahr ohne ausreichende Existenzmittel, ein Jahr der Hoffnung und der Rückschläge, ein Jahr der ständigen Bedrohung, aber auch vielfältiger, beglückender Solidarität.

Wenn ich heute von den Solidaritätsaktionen der Werktätigen der DDR höre, dann denke ich oft mit Dankbarkeit an die Hilfe zurück, die mir seinerzeit zuteil wurde, beispielsweise in den Niederlanden, wo ich sehr viel solidarischen Sinn gespürt habe, nachdem ich das Ruhrgebiet verlassen mußte und bevor ich erneut zur illegalen Arbeit nach Südwestdeutschland fuhr.

Ich war Oberberater der Bezirk Südwest-Pfalz, Hessen, Württemberg, Baden und Saar. Herbert Wehner hatte in der Partei, als Oberberater der KPD, den gleichen Verantwortungsbereich. Ich habe damals viel von ihm gelernt.

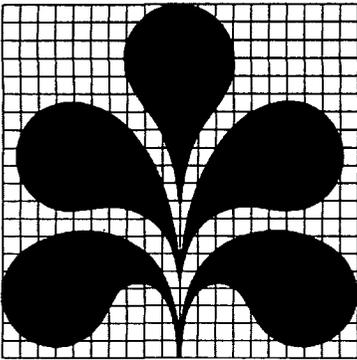
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs unterstützte 1934/1935 unseren Ruf nach dem Status quo. Die katholischen Bischöfe von Trier und Speyer jedoch fielen den christlichen Werktätigen an der Saar und den zahlreichen Geistlichen ihrer Kirche, die für den Status quo eintraten, in den Rücken, indem sie einen Hirtenbrief von allen Kanzeln verlesen ließen, der den Anschluß der Saar an Hitlerdeutschland unterstützte.

Wir haben bis zur letzten Minute gekämpft. Doch um die Saarbevölkerung mehrheitlich über den terroristischen und kriegerischen Charakter des Hitlerfaschismus aufzuklären, war eben die uns zur Verfügung stehende Zeit vom Sommer 1934, als sich KPD

962) a) H. S. S. S. S., 25. 8. 12 Neunkirchen-Saar, Deckname: „Herbert“.
 b) Stapo Düsseldorf 12. 3. 35/41.
 c) Unbekannt.
 d) —

Eintrag im Gestapo-Fahndungsbuch: „Tage, die man nie vergißt“

Hotel Nikko Düsseldorf



**Damit Ihre nächste
Konferenz
unvergleichlich und
erfolgreich ist.**

Düsseldorf ist einer der beliebtesten Tagungsorte – und das Hotel Nikko einer der geschätztesten „Business-Meeting-Points.“ Aus gutem Grund!

Tagungskapazität:
Für 45–600 Teilnehmer. Tageslicht. Klimatisiert. Bankett-Kapazität für 25–350 Gäste.

Moderne Technik,
Audio- und Video-Equipment,
Präsentations- und Projektionsmittel, erfahrenes Personal.

**Viel mehr als nur eine
excellente
Kongreßstätte –
ein liebenswertes Hotel!**

301 luxuriöse Zimmer und Suiten;
mit Bad, Massagedusche, WC,
Farbfemseher, Radio, Telefon –
garantiert ruhig, vollklimatisiert.

Penthouse-Schwimmbad, Sauna,
Solarium, Massage.

Restaurants,
das internationale „Travellers“, das
„Benkay“ für japanische Spezialitäten,
„Torii-Cocktail-Bar“.

Zentrale Lage:
Verkehrsgünstig und nicht weit
von „Kö“ und Altstadt.
500 Garagenplätze.

**Verlangen Sie unser
Angebot!**

Hotel Nikko Düsseldorf,
Immermannstraße 41,
D-4000 Düsseldorf 1,
Telefon 0211/8661.

Buchung auch über Ihr Reisebüro
oder über alle Japan Air Lines-
Büros.



IAL HOTEL SYSTEM

hotel nikko düsseldorf

**Wir wollen,
daß Sie sich wohlfühlen.**

und SPD auf die Status-quo-Linie einigten, bis zum 13. Januar 1935 zu kurz.

Der Hitlerterror setzte sofort nach der Abstimmung ein, obwohl der Termin der Auslieferung der Saar an Hitler erst auf den 1. März 1935 festgelegt war. Am 28. Februar 1935 mußte ich das Saargebiet unwiderruflich verlassen. Das Einwohnermeldeamt registrierte meinen Namen unter dem Datum 28. Februar 1935 mit dem Vermerk: „Abgemeldet nach unbekannt.“

Ich fuhr nach Paris, zur Auslandsleitung der KPD. Auf der Reichskonferenz des KJVD vom 13. bis 18. Dezember 1934 in Moskau war ich zum Mitglied des Zentralkomitees des KJVD gewählt worden. In Paris stand eine neue Aufgabe für mich bereit: die Leitung der illegalen Organisation des KJVD in Berlin – in der „Höhle des Löwen“ sozusagen.

Natürlich konnte ich dorthin nicht mehr als „Erich Honecker aus Wiebelskirchen, Saargebiet“, fahren. Ich mußte mich Zug um Zug in den Seemann „Martin Tjaden, geboren am 21. September 1911 in Amsterdam, wohnhaft in Amsterdam“ verwandeln. Ein Paßbild wurde in Paris gemacht. Den hol-

ländischen Paß erhielt ich in der Schweiz. Über Basel kam ich nach Zürich, blieb dort etwa vier Wochen. Dann ging es weiter, von der Schweiz über Österreich und die Tschechoslowakei nach Berlin.

Ich fuhr über Eger in das „Dritte Reich“. Der holländische Paß erregte an der Grenze keinen Argwohn. So begab ich mich nach Berlin, bezog ein



Saar-Wahlkampf 1935: Ärger mit dem Status quo



Wahllokal nach der Saar-Abstimmung: „Wir haben bis zur letzten Minute gekämpft“

illegales Quartier, schaute mich in der „Reichshauptstadt“ um, knüpfte Kontakte zu den illegalen KJVD-Gruppen, namentlich zu Bruno Baum, der damals die Berliner Organisation geleitet hatte, und begann mit der Arbeit.

Anfang Dezember 1935 gelang es der Gestapo, Bruno Baum, mir und anderen Genossen der Bezirksleitung des KJVD Berlin-Brandenburg auf die Spur zu kommen.

Am 3. Dezember 1935 stand die Ankunft eines Kuriers des Zentralkomitees des KJVD aus Prag in Aussicht. Da der für seinen Empfang verantwortliche Mitarbeiter aus irgendeinem Grund ausfiel, ging ich selbst zu dem vereinbarten Treffpunkt. Der Kurier, die tschechoslowakische Genossin Sarah Fodorová, übergab mir einen Gepäckschein für einen Koffer mit Zeitungen und Tarnschriften der KPD und des KJVD.

Diesen Koffer holte ich am gleichen Abend von der Gepäckaufbewahrung des Anhalter Bahnhofes ab. Als er mir ausgehändigt worden war, bemerkte ich, daß ich beobachtet und verfolgt wurde. In einem Taxi konnte ich am Berliner Bahnhof Zoo den Agenten der Gestapo entweichen. Am Vormittag des nächsten Tages wurde ich jedoch beim Verlassen meiner Wohnung in der Brüsseler Straße im Stadtbezirk Berlin-Wedding verhaftet.

Die dem 4. Dezember 1935 folgenden Tage im Hauptquartier der Gestapo in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße sowie in der Kaserne der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“ in Berlin-Tempelhof haben sich während meiner fast zehnjährigen Inhaftierung so nicht wiederholt. Sie gehören wohl zu jenen, die man nicht vergißt.

Zugleich waren sie für einen Menschen, der noch sein ganzes Leben vor sich hatte — ich war 23 Jahre alt —, Tage der Bewährung. Weder durch die physischen und psychischen Torturen der Gestapobeamten noch in den zahlreichen Verhören durch faschistische Untersuchungsrichter während der anderthalbjährigen Untersuchungshaft war ich von meiner kommunistischen Weltanschauung abzubringen.

Trotz aller gegen uns angewandten Mittel und Methoden kam die Gestapo nicht dahinter, daß sie praktisch den führenden Kern des KJVD Berlin-Brandenburg und ein Mitglied des Zentralkomitees des KJVD in der Hand hatte. Das gelang mit „feineren“ Methoden — wie aus den Untersuchungsakten und der Anklageschrift ersichtlich — auch dem Untersuchungsrichter am „Volksgerichtshof“, Hans-Joachim Rehse, nicht.

Gegen die Standhaftigkeit und den Mut unserer Kampfgefährten vermochten weder die Gestapo noch die Untersuchungsbeamten etwas auszurichten. So hatte Emilie Knappe, Politischer Leiter des Unterbezirks des

KJVD Moers, 1933/1934 aktiv am antifaschistischen Kampf unseres Jugendverbandes im Ruhrgebiet beteiligt, mich, in der Annahme, daß ich inzwischen im Ausland sei, bei einem Verhör anhand eines Photos identifiziert.

Als sie jedoch von meiner Verhaftung erfuhr und im Prozeß als Belastungszeuge gegen mich auftreten sollte, widerrief sie ihre frühere Aussage.

Als ich am Morgen des ersten Prozeßtages aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit in die Zelle in der Bellevuestraße gebracht wurde, sah ich für einen Augenblick Albert Weichert, meinen Kampfgenossen aus dem Ruhrgebiet vom August 1933 bis zum

nicht einmal meinen richtigen Namen. Anfang 1937 transportierte man Albert Weichert vom Zuchthaus Herford, wohin man ihn Ende 1936 aus Münster verlegt hatte, als Belastungszeugen gegen mich zum „Volksgerichtshof“ in Berlin.

Als ich Albert Weichert im Zellen-trakt des „Volksgerichtshofes“ wieder-sah, ließen wir uns nicht im geringsten anmerken, daß wir uns kannten. Am zweiten Verhandlungstag vor dem „Volksgerichtshof“ erklärte er, daß er mich noch nie zuvor gesehen hätte.

Nachdem die Anwälte und Richter des Zweiten Senats des „Volksgerichtshofes“ mit ihren „Belastungszeugen“ nichts erreicht hatten, offenbarte der für mich bestellte Officialverteidiger, ein SS-Führer, seine faschistische Gesinnung. Er entpuppte sich mehr und mehr als Ankläger. Eifrig suchte er in den Akten, um mir irgend etwas anzuhängen. Schließlich präsentierte er dem Vorsitzenden des Zweiten Senats Flugblätter an die Soldaten der faschistischen Wehrmacht, die ich verfaßt hatte, was ich jedoch vor Gericht bestritt.

Dabei kam mir zustatten, daß der Verteidiger Sarah Fodorová auf meine Aussage verwies, wonach sie nicht gewußt hätte, was in dem Koffer war. Er machte geltend, ich hätte bisher immer die Wahrheit gesagt, und deshalb gebe es keinen Grund, in diesem Punkte an meiner Erklärung zu zweifeln. Diese Flugblätter hätten als Wehrkraftersetzung gewertet werden können, worauf schon damals die Todesstrafe stand.

Am 8. Juni 1937 wurde vom Zweiten Senat des „Volksgerichtshofes“ das Urteil gefällt: Bruno Baum bekam 13 Jahre, ich zehn Jahre und Edwin Lautenbach zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Außerdem wurden uns die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Letzteres führte dazu, daß ich 1939 und selbst noch 1943 bei der letzten Prüfung nicht für „würdig“ befunden wurde, in Hitlers Wehrmacht eingezogen zu werden. Offensichtlich eine Rache der Gestapo, die erst viel später ahnte, welche Fische sie im Netz hatte.

Im nächsten Heft

Die Jahre im NS-Zuchthaus: „Ein Wunder, daß wir am Leben blieben“



Wehrmacht-Ausschließung: „Rache der Gestapo“

Juni 1934. Er war am 28. Dezember 1934 verhaftet und im März 1935 vom Oberlandesgericht Hamm/Westfalen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Schon in der Voruntersuchung hatte mein damaliger Deckname „Herbert“ eine bestimmte Rolle gespielt. Nach der Einlieferung von Albert Weichert in das Zuchthaus Münster wurde er dort viermal von dem Untersuchungsrichter Rehse vom „Volksgerichtshof“ über meine Tätigkeit im Ruhrgebiet 1933/1934 als Instrukteur, Kurier und Schulungsleiter des KJVD sowie über meine Verbindungen nach Amsterdam verhört.

Das Resultat war gleich Null, denn von ihm erfuhren die faschistischen Justizbeamten nicht das geringste,